

LESERBRIEFE

Zur Titelseite «Was ist uns der Klimaschutz wert?» im Berner Landboten vom 5. Mai 2021

Das Gesetz nützt allen

Danke für den ausgewogenen Artikel. Wir stimmen über ein fundamentales Gesetz ab, das mit Anreizen funktioniert und jene finanziell mehr belastet, die mehr fossile Ressourcen verbrauchen. Will man eine vernünftige und wirksame Klimapolitik, die der Schweiz Wohlstand und Arbeit sichert, ist das CO₂-Gesetz der einzig richtige Schritt. Konkret setzt das Gesetz auf die bewährte CO₂-Abgabe zurück. Zwei Drittel der CO₂-Abgabe werden darüber hinaus direkt an die Bevölkerung zurückverteilt. Dadurch orientiert sich das CO₂-Gesetz an den Regeln der Marktwirtschaft und erfüllt die Forderung nach einer Abkehr von Subventionen hin zu einem Lenkungsmechanismus. Die Voten von Albert Rösti zum Thema soziale Verträglichkeit und finanzielle Mehrbelastung von Familien kann ich allerdings so nicht stehen lassen. Hauseigentümerinnen und -eigentümer profitieren von Unterstützungsbeträgen beim Umstieg auf erneuerbare Energieträger. Somit profitieren indirekt auch Mieterinnen und Mieter von sanierten Liegenschaften. Was wollen wir mehr?

Andrea Burkhalter, Bern

Alle sind vom Klimawandel betroffen

Wir sind längst an dem Punkt angelangt, bei dem jedermann vom Klimawandel betroffen ist. Und es zeichnet sich ab, dass wir in ein paar Jahren gezwungen sein werden, unseren hohen Lebensstandard nach unten zu korrigieren. So vieles ist selbstverständlich geworden in unserem Leben. Deshalb ist kaum verwunderlich, dass Albert Rösti Privatauto und ferne Ferien als ein Grundrecht in seine Meinung einbezieht und sich gegen das CO₂-Gesetz wehrt. Die sture Haltung von ihm ist typisch für unsere Volkvertreter, die persönliche Vorteile in den Vordergrund stellen oder als Lobbyist profitieren können. Lassen wir uns nicht als blöd verkaufen und stimmen wir am 13. Juni 2021 für eine Neuausrichtung in der Klimafrage ab.

Reto Stähli, Thun

Nicht unsere Kinder sollen es richten

Albert Rösti gehört zur SVP, die sich heimatliebend nennt. Sie stimmt fast immer gegen die Umwelt und hat bis 2019 den menschengemachten Klimawandel gelehrt. Jetzt, wo das nicht mehr geht, kommt Albert Rösti mit der abenteuerlichen Idee, das CO₂-Gesetz würde den Klimawandel sogar fördern. Er meint also, sein Auto fahre schneller, wenn er bremst. Weiter ist er Präsident von Swissoil. Gemäss ecorating.ch hat er im Nationalrat nur zu 4,6 Prozent, im 2020 sogar nur zu 2 Prozent im Interesse der Umwelt gestimmt. Dabei ist dieser Entscheid am 13. Juni gar nicht schwierig: In der Kindheit haben wir gelernt, den Abfall nach dem Picknick wegzuräumen und die Natur in ordentlichem Zustand zu hinterlassen. Das gleiche gilt für die lebenswichtige Luftöhle unserer Heimat: Wir dürfen keinesfalls solche Unmengen CO₂ und andere Schadstoffe in der Atmosphäre deponieren mit der Idee, dass unsere Kinder und Grosskinder das richten sollen. Eine derarti-

ge Herkulesaufgabe wäre nicht nur extrem teuer, schlimmer noch, sie wäre nicht mehr zu bewältigen, da bekanntlich verschiedenste Klima-Kippunkte überschritten sein werden. Also: Moralisch und rechtlich hat die heutige Erwachsenen-Generation die Pflicht, diese tödliche Klimakrise zu bremsen und zu handeln: Anreize setzen, CO₂ und weitere Schadstoffe schnellstens vermindern/vermeiden. Das CO₂-Gesetz geht in diese Richtung. Deshalb mein Ja am 13. Juni 2021.

Ueli Hagnauer, Klimagrosseltern, Steffisburg

Was sind uns die Kinder wert?

Die Frage, was uns der Klimaschutz wert sei, trifft nicht den Kern der Problematik. Die Frage muss lauten: Was sind uns die Kinder wert, die wir jetzt in diese Welt stellen? Nur dadurch trifft die Frage den Nerv und es kann nachvollzogen werden, was hinter der abstrakten physikalischen Formel CO₂ steht. An warnenden Informationen fehlt es uns nicht; seit 50 Jahren gehört es zum Allgemeinwissen, dass wir Menschen das Gleichgewicht unserer Lebensgrundlage zerstören und deshalb den Wahn des unbegrenzten Wachstums sofort eindämmen müssen. Genauso, wie wir mit wenig Verhaltensänderung viel bewirken können, ohne einschneidende Abstriche unseres Wohlstandes zu befürchten. Konkret heisst das, den Ausstoss von klimaschädigenden Gasen dort zu reduzieren, wo die absolute Sinnlosigkeit unseres Handelns am offensichtlichsten ist. Man muss nicht lange studieren, wo das der Fall ist: beim motorisierten Individualverkehr. Täglich finden Zehntausende von sinnlosen und unnötigen Einkaufs- und Freizeitfahrten statt, alles statistisch belegt. Und dafür werden tonnenschwere Panzerfahrzeuge benötigt, in denen jeweils ein Mensch sitzt. Nicht zu sprechen von den Zehntausenden von sogenannten Auto-Posern und Motorradfahrern, die ihre Boliden bloss als Spielzeuge brauchen, um zu beeindrucken. Warum empören wir uns nicht, sind wir so abgestumpft? Warum beginnen wir nicht endlich dort Abstriche für eine lebenswerte Zukunft unserer Kinder in Kauf zu nehmen, wo es am wenigsten schmerzt?

Peter Kammermann, Thun

Der rasche Ausstieg ist zwingend

Die Zeit drängt, der rasche Ausstieg aus den fossilen Energieträgern ist zwingend, um die Erderwärmung unter 1,5 Grad zu halten und damit irreversible Schäden und Folgekosten zu reduzieren. Mit dem neuen CO₂-Gesetz wird verursachergerecht, sozial verträglich und mit Anreizen der Aus- und Umstieg vorangetrieben. Dank dem bestehenden CO₂-Gesetz werden heute viele Gebäude effizienter geheizt, Wohnungen sind besser isoliert und die klimafreundliche Mobilität wird attraktiver. Dieser Weg wird mit dem neuen CO₂-Gesetz weitergeführt. Neu machen alle Sektoren mit (Gebäude, Industrie, Mobilität, Finanzplatz). Das neue CO₂-Gesetz ist ein wichtiger Schritt zur Einhaltung der Klimaziele, wir sind es unseren Kindern schuldig. Die Berner Solarinitiative ist ein weiteres Puzzleteil zur Klimawende. Die Initiative will die Nutzung des Solarenergiepotenzials auf Gebäuden im Kanton forcieren. So soll die Ausnutzung von heute zirka 4 Prozent bis ins Jahr 2040 maximiert werden. Der Kanton Bern verfügt über ein riesiges Solar-Potenzial. Mit gut nutzbaren Dachflächen können pro Jahr 9000 Gigawattstunden Strom produziert werden. Das ist drei Mal mehr, als das AKW Mühleberg jährlich produziert hat. Und mehr als der heutige Strombedarf des Kantons Bern. Mit einem raschen Zubau der Solarenergie im Kanton Bern leisten wir

also einen wichtigen Beitrag zur nationalen Energiewende und zum Klimaschutz. Hinzu kommt, dass damit nicht in umwelt- und klimaschädliche Öl- und Gasförderung im Ausland, sondern ins lokale Gewerbe und lokale Innovation investiert wird.

Andreas Wiesmann, Münsingen

Klimaschutz – was ist er wert?

Ein guter Wert ist stets positiv. In den Bemühungen um einen sauberen Fussabdruck sollten alle Faktoren mit einberechnet werden. Es ist klar, dass wir kein giftiges Trinkwasser möchten und auch kein Gift in Gemüse und Früchten. Weniger klar ist, wie die konventionelle Landwirtschaft die Schädlinge bekämpfen will, wenn sie gar keine Pestizide mehr einsetzen darf. Wir lieben die Abwechslung auf unseren Tellern. Die einheimischen Nahrungsmittel genügen uns nicht. Gerne verspeisen wir tropische Früchte wie Ananas, Papayas und Avocados und verschliessen die Augen, wie dort produziert wird, was für Energie verbraucht wird (für 1 kg Avocados – 1000 Liter Wasser), nicht zu schweigen von den Transportkosten in Containern und im Flugzeug. Es ist doch positiv, wenn wir Sorge zu unserer Schöpfung tragen und die Erde retten möchten. Doch auch hier stellt sich die Frage nach dem Wert. Wir als Christen haben die Bibel als Wegweiser für unser Leben. Gott hat die Welt, Tiere und die Menschen erschaffen und gesagt: «Es ist gut». Dieses «gut» haben wir Menschen durch Egoismus und Rücksichtslosigkeit in ein «schlecht» verändert. Nun unsere ganze Kraft auf eine «Besserung» zu investieren ist ein Weg, den Gott so nicht geplant hat. Es ist wesentlich, unsere Augen auf Jesus Christus, den Retter und Erlöser dieser Welt zu richten. Kürzlich haben wir Auffahrt gefeiert. Da ist Jesus, nachdem er die Jünger gesegnet hat, in die Wolken emporgehoben worden und in den Himmel aufgefahren. Gerade so, wie er hinauffahren ist, wird er wieder vom Himmel her erscheinen, um diejenigen abzuholen, die vertrauensvoll geglaubt und gewartet haben. Nachzulesen in Apostelgeschichte 1, Verse 9–11. Im Brief von Petrus heisst es, dass Gott eine neue Erde schaffen wird. Dies meint also, dass diese Erde, auf der wir jetzt leben, vergehen wird (2. Petrus 3.13). Da hat es doch Sinn und Wert, wenn wir unser Leben in der Gegenwart Gottes verbringen. Dies meint nicht, dass wir die Schöpfung nicht achten, jedoch möglichst einen ökologischen Fussabdruck hinterlassen möchten.

Jörg Beyeler, Uetendorf

Zum Artikel «Jemand muss endlich das Steuer herumreissen» im Berner Landboten vom 5. Mai 2021

Fussfesseln im Initiativtext

Ich staune, dass auch intelligente Menschen wie Hänni und vor allem Jaun die Fussfesseln im Initiativtext nicht bemerken und für ein «Ja» zur Trinkwasserinitiative plädieren. Momentan liegt der Konsum von Bio-Nahrungsmitteln lediglich bei 10,8 Prozent. Wenn bei einer Annahme der Anteil schlagartig steigt, büßt der Markt aus dem Ruder. Die Nachfrage muss jedoch bestimmen, wie produziert wird. Die Initiative steuert nur die Produktion und sagt nichts über den Konsum oder den Import aus. Wenn Jaun mitteilen will, die Kalorien für die Inlandversorgung sicherzustellen, muss er konsequenterweise auf seinen ackerfähigen Flächen mehr Ackerbau betreiben und die Milch- und Fleischproduktion dem Hügel- und Berggebiet überlassen. Alles andere ist unerlässlich. Schon jetzt entstehen Dreiviertel des Fussabdrucks, den wir mit unserem Essen hinterlassen, im Ausland. Dort müsste die Initiative

zwingend auch ansetzen. Im Initiativtext steht auch, dass die Tiere nur mit betriebseigenem Futter ernährt werden müssen. Das bevorzugt Höfe in Gunstlagen und verunmöglicht eine sinnvolle Arbeitsteilung. Das gibt es in der Wirtschaft sonst nirgends, dass ein Betrieb von A bis Z alles selber herstellt. Diese Initiative ist einseitig und lückenhaft, die Massnahmen, die das Parlament eingeleitet hat, sind ausgewogener.

Hansjürg Fahrni, Oberthal (Biolandwirt seit 25 Jahren)

Zweimal Nein

Nun habe ich in Ihrer Zeitung den dritten Beitrag über die beiden Agrarinitiativen gelesen, und immer sind Ihre Interviewpartner Biobauern, die die Initiativen unterstützen. Wie Sie wissen, lehnt Bio Suisse mit über 70 Prozent Anteil die Initiativen klar ab. Und dies hat seine Gründe. Auch wenn Urs Brändli in einem kurzen Abschnitt zu Wort kommt, sind die Überschriften immer klar für die Initiativen formuliert. Ich muss hier eine Absicht von Ihrer Seite vermuten. Und dies ist nicht richtig. Im Einzugsgebiet des Berner Landboten finden Sie zahlreiche Biobauern, die gute Argumente gegen die Initiativen haben. Ich hoffe, dass Sie die Aufgabe, die Bevölkerung breit zu informieren, auch bei der Abstimmung vom 13. Juni wahrnehmen. Diese viel zu extremen Initiativen haben für die Landwirtschaft, aber auch für die Konsumenten verheerende Folgen, und dies darf nicht ignoriert werden. Wir Schweizer Bauern sind auf einem guten Weg, auch ohne diese Initiativen.

Barbara Kipfer, Amsoldingen

Geld kann man nicht essen

Ich möchte in Bezug auf die Trinkwasser- und Pestizidinitiativen nur eins sagen – dasselbe, das bereits die Ureinwohner von Amerika vor hundert Jahren sagten: «Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fisch gefangen, der letzte Fluss vergiftet ist, erst dann werden wir erkennen, dass man Geld nicht essen kann.»

Brigitta Remund, Warb

Bauernfamilien bedroht

Wir alle wollen sauberes Trinkwasser. Aber mit der Trinkwasserinitiative erreichen wir dieses Ziel nicht. Diese will in erster Linie die Direktzahlungen neu verteilen und verlangt unter anderem, dass nur noch Bauernbetriebe Direktzahlungen erhalten, die ihre Tiere ausschließlich mit Futter aus eigener Produktion ernähren. In einem Jahr mit Hagelschlag oder grosser Trockenheit ist es für Bauern unmöglich, die notwendigen Vorräte zu produzieren. Da kein Futter zugekauft werden kann, müssten zahlreiche Kühe und Rinder geschlachtet werden. Auch eine Bäuerin dürfte ihre zehn Hühner nicht halten, denn es dürfte kein Futter mehr gekauft werden. Sie müsste Importeure kaufen, weil die Legehennen-, Poulet- und Schweinehaltung mit einem Futterzukaufsverbot in der Schweiz stark reduziert würden. Dabei vertrauen die Konsumentinnen und Konsumenten den Schweizer Bauern und kaufen Schweizer Fleisch, Milch und Eier – unter anderem aus den Gründen, weil diese unter hohen Tierschutzstandards produziert werden sowie eine gute Qualität aufweisen. Die Annahme der extremen Agrarinitiativen ändert am Konsumverhalten der Bevölkerung nichts – bedroht aber viele Bauernfamilien in ihrer Existenz, vernichtet Arbeitsplätze und fördert Lebensmittelimporte. Ich danke allen, die Schweizer Produkte kaufen und uns mit zwei Mal Nein unterstützen.

Ruedi Stucki, Pouletproduzent, Eggwil

Zu den Artikeln über Napoleon im Berner Landboten vom 5. Mai 2021

Kniefall vor einem Schwerverbrecher

Der Schweizer Historiker Thomas Maisen lässt seit Jahrzehnten nichts unverdacht, Napoleon als «Erfinder der modernen Schweiz» zu bezeichnen, ohne welchen es die «moderne» Schweiz gar nicht gäbe. Bei seiner Darstellung dieser Vergangenheit vermisst man aber gelegentlich den Weitblick. Wenn er im Hinblick auf Napoleons Gräueltaten im Tagesgespräch auf Radio SRF vom 3. Mai an Verständnis und Vergebung appelliert, lässt er genau diese vermissen, wenn es um das Vorgehen des alten Berns in der Waadt und im Aargau geht, welches doch weit weniger brutal war als das von Napoleons Truppen. Ein Kniefall vor dem Grossen Napoleon? Damit steht Maisen zu Napoleons Ehrentag nicht allein, auch der französische Staatspräsident und Machtpolitiker Emmanuel Macron machte einen ehrenscheitlichen, um die erstarkte Rechte in seinem Land vor den aktuellen Wahlen gnädig zu stimmen.

Jan Barben, Thun

Zum Artikel «Keine Tagesferien» im Berner Landboten vom 5. Mai

Frauen stehen schlechter da

Eine kleine Meldung auf Seite 9 – für die Zukunft eine grosse verpasste Chance. Schade haben die Heimberger die Tagesferieninitiative abgelehnt. Gründe? Vermeintliche Förderung des traditionellen Rollenmodells? Argumente: Es geht mich nichts an, habe keine schulpflichtigen Kinder und andere. Zusammen mit zwei weiteren Frauen habe ich für die Stadt Thun eine Petition «am Start» mit demselben Ziel wie die Initiative der Gemeinde Heimberg. Die Hüden, um Familie und Beruf unter einen Deckel zu bringen, sind hoch. Dies geht meistens zulasten der Frauen: unbezahlte Care-Arbeit, erschwerte Berufseinstieg nach der «Familienpause», «Mental Load» durch die Organisation der Abdeckung der Kinderbetreuung (zum Beispiel in den Schulferien oder während Krankheitstagen der Kinder), niedrig verlaufender Lohnanstieg bei Teilzeitarbeit, Lücken in der Altersvorsorge. Nach den Entwicklungen der neusten BundesgerichtsUrteile stehen Frauen zudem nach einer Scheidung schlechter da. Auch wenn sie vorher zig Jahre mehrheitlich die Kinderbetreuung übernommen haben, müssen sie sich im Arbeitsmarkt integrieren und sich selber finanzieren. Eine Welle der Altersarmut unter Frauen rollt auf uns zu. Deshalb haben alle Einwohnerinnen und Einwohner ein grosses Interesse, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu fördern. Denn am Ende zahlen die Steuerzahlenden via Sozialhilfe/Ergänzungsleistungen – da ist die gesicherte Ferienbetreuung wesentlich günstiger.

Katrin Woodtli, Thun

Es freut uns, wenn Sie uns schreiben!

Schicken Sie Ihre Leserbriefe an folgende Adresse: redaktion@bernerlandbote.ch oder Redaktion Berner Landbote, Grubenstrasse 1, Postfach 32, 3123 Belp.

Die Redaktion entscheidet über die Veröffentlichung der Leserbriefe und behält sich vor, Texte zu kürzen. Leserbriefe müssen mit Vor- und Nachnamen, Adresse und Wohnort versehen sein. Wenn Sie sich auf einen Artikel im Berner Landboten beziehen, vermerken Sie bitte dessen Titel und Erscheinungsdatum.